

**Einfache Anfrage Gahlinger-Niederhelfenschwil:
«36 Grad und es wird noch heisser: Macht die Regierung hitzefrei?»**

Die Sommermonate bringen regelmässig Rekord Temperaturen und der Asphalt auf unseren Strassen glüht. Während Bevölkerung, Pendler und Gewerbe unter der extremen Hitze leiden, betreibt der Staat das pure Gegenteil von vorausschauender Planung.

Ein negatives Musterbeispiel liegt direkt vor unserer Haustür beim neu sanierten Autobahnanschluss Oberbüren/Uzwil. Im Zuge des Umbaus wurden selbst grösste Inselflächen massiv mit schwarzem Belag versiegelt, statt auf natürliche Beschattung zu setzen. Hier wurden sehenden Auges künstliche Hitzereaktoren geschaffen.

Wie drastisch sich die Situation in unserer Region zuspitzt, zeigt die Stadt Wil. Diese musste am 26. Juni 2026 mitten in der grössten Hitzewelle fast alle öffentlichen Brunnen abstellen, um die Trinkwasserreserven zu sichern. Während also wichtige Oasen der Kühlung für die Bevölkerung versiegen, betoniert der Staat bei Infrastrukturprojekten neue Asphaltwüsten. Das ist ein unhaltbarer Widerspruch.

Gemäss Kantonsverfassung ist die Regierung für den Schutz der Gesundheit zuständig. Extreme Hitze ist ein massiver Risikofaktor. Der Kanton darf sich bei Infrastrukturprojekten des Bundes (ASTRA) auf unserem Kantonsgebiet nicht auf eine passive Rolle zurückziehen. Der Kanton muss Verantwortung übernehmen und eine hitzemindernde Gestaltung mit Grünflächen und schattenspendenden Alleen aktiv einfordern.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Verantwortung für die Gesundheit: Wie vereinbart die Regierung die grossflächige Asphaltierung von Grossinseln (wie in Oberbüren/Uzwil) mit dem verfassungsmässigen Auftrag, die Bevölkerung vor extremer Hitzebelastung zu schützen?
2. Aktives Einfordern beim Bund: Warum hat die Regierung beim ASTRA im Fall Oberbüren/Uzwil nicht verbindlich verlangt, dass diese Flächen begrünt und mit Alleen versehen werden, anstatt die Erstellung dieser Hitzereaktoren einfach abzusegnen?
3. Widerspruch zu lokalen Notmassnahmen: Wie beurteilt die Regierung den politischen Widerspruch, dass Gemeinden wie Wil im Sommer ihre kühlenden Brunnen abstellen müssen, während gleichzeitig bei Strassenbauprojekten das Mikroklima durch massive Versiegelungen zusätzlich angeheizt wird?
4. Strategische Vorgaben: Welche rechtlichen und politischen Instrumente nutzt die Regierung künftig, um bei zukünftigen Projekten von Bund und Kanton eine konsequente Begrünungspflicht durchzusetzen?
5. Kulturlandschutz und Auszonungen: Welche Strategie verfolgt die Regierung auf eigenen Kantonsstrassen für Strassenbegrünungen? Könnte sich die Regierung im Sinne des Kulturlandschutzes vorstellen, für Alleen beanspruchte Landwirtschaftsflächen über raumplanerische Massnahmen – wie die anderweitige Auszonung von Bauland – flächen- und wertneutral zu kompensieren?»